

## **Statement zum 1.Panel am 10.04.08 Workshop Frühkindliche und Elementarbildung von Andreas Hoffmann MdL B-W**

Zunächst stelle ich für mich fest, dass die Frage, welche Voraussetzungen für eine Professionalisierung der Früh- und Elementarpädagoginnen zu schaffen seien aus meiner Sicht unzutreffend gestellt ist. Bereits heute sind die Ausbildungsgänge, z.B. an den Fachschulen für Sozialpädagogik mit einem neu gestalteten Bildungsplan aus dem Jahr 2004 für diesen Bereich dazu geeignet, professionelle Kräfte auszubilden. Es muß also eher die Frage gestellt werden, in welchem Umfang es eine Anpassung und/oder weitere Ausbildungsschritte und Inhalte braucht, um für eine bedarfsgerechte und zeitgemäße Erweiterung der professionellen Arbeit gerüstet zu sein. Eine weitere Frage könnte sein, ob die heutige Fachschulausbildung noch ausreicht, um wesentliche Inhalte des neuen Verständnisses von Früh- und Elementarpädagogik zu vermitteln. Es schließt sich die Frage an, ob die heutigen Bewerberinnen mit einem mittleren Bildungsabschluss noch die Früh- und Elementarpädagoginnen von morgen sein können, oder wir vielleicht eine Neubewertung der Aufgaben innerbetrieblichen Kompetenzen und damit eine berufliche Binnendifferenzierung in den Kindertageseinrichtungen benötigen.

Es ist unbestritten, dass die früh- und elementarpädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen einen zunehmend höheren Stellenwert gewinnt, insbesondere unter der Prämisse, dass eine gründliche Vorarbeit zur Erlangung von Schulfähigkeit vom ersten Tag der Grundschule an die Basis für einen späteren erfolgreichen Schulbesuch legt.

Die Fachschulen und die Kindertageseinrichtungen haben dies allerdings längst selbst erkannt und sich schon vor der „Entdeckung“ dieses Themas durch die Bildungspolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf den Weg gemacht. Seit Ende der 1990er-Jahre sind an vielen Fachschulen intensive Reformbemühungen im Gange, die neue Ausbildungsinhalte, veränderte Lehr- und Lernformen und eine stärkere Ausrichtung auf die Tätigkeitsfelder von Erzieherinnen zum Ziel haben. Einen zentralen Bestandteil dieser Reformbemühungen bildet das Lernfeldkonzept, das in jüngster Zeit Eingang in einschlägige Bildungspläne gefunden hat. Nach dem Konzept werden die Inhalte der Ausbildung in Lernfelder unterteilt, die den berufs- und handlungsorientierten Charakter der Ausbildung betonen sollen. Den Lernfeldern sind Ziele und Inhalte zugeordnet, die deutlich stärker als bisher auf berufliche Aufgaben von Erzieherinnen ausgerichtet sind und weniger auf einzelne Fachdisziplinen der Wissenschaft. Methodisch-didaktisch zielt das Konzept auf ein verändertes Lernverständnis: die Schülerinnen sollen stärker als bisher dazu angeregt werden, komplexe Problemstellungen selbstständig und eigenverantwortlich zu lösen. Darüber hinaus haben die Fachschulen mittlerweile zahlreiche neue Inhalte in die Ausbildung mit aufgenommen oder gewichten bestimmte Inhalte stärker als bisher, z.B. didaktische und methodische Aspekte gezielter Sprach- und mathematisch-naturwissenschaftlicher Förderung, Aspekte interkultureller Erziehung und Aspekte der Beobachtung, Diagnose und Dokumentation von Bildungsprozessen. Ein zusätzlicher Impuls wurde durch die Einführung von unterstützenden Curricula, wie z.B. dem baden-württembergischen Orientierungsplan gesetzt, der in seiner Erprobung sehr erfolgreich angenommen wird und ab 2009 für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich wird.

Es ist allerdings geboten, die frühkindliche Diagnostik und die durchgängige Berücksichtigung der Elementarpädagogik in den Einrichtungen auch personell auf eine neue Grundlage zu stellen und damit ein dauerhaft hohes Qualitätsniveau in allen Einrichtungen abzusichern. Die bisherige Ausbildung ist für die Implementierung von frühkindlicher Entwicklungs-Diagnostik und frühkindlicher Förderung nicht umfassend genug. Wesentliche Anforderungen an die Fachkräfte der Zukunft sind die Bereiche Entwicklungsdiagnostik, Entwicklungsförderung und Anleitung zur Erziehungsförderung, kollegiale Supervision, Abstraktionsfähigkeit, Soziale Integrationsförderung, Resilienzförderung, Sprachförderung, Musische Förderung, Bewegungsförderung, Wahrnehmungs- und Ausdrucksförderung und die Familienarbeit.

Der derzeitige Bildungsplan und die Prüfungsordnung sind dem Grunde nach schlüssig, aber das Niveau der Vorbildungsabschlüsse der Bewerber/innen entspricht den Anforderungen des aufgewerteten Berufsbildes unter den heutigen Bedingungen oft nicht mehr.

Es stellt sich die Frage, ob dieses Problem nicht einfach durch eine Anhebung der Zugangsvoraussetzungen bei den Fachschulen lösen ließe. Es dürfte auf der Hand liegen, dass bei einer Beibehaltung der beruflichen Rahmenbedingungen einschließlich der kaum vorhandenen Möglichkeit beruflicher Entwicklung nicht nur eine Berufsausbildungsmöglichkeit für Absolventen der Mittleren Reife unnötig abgeschafft würde, sondern zusätzlich noch ein erheblicher Mangel an Bewerbungen, die die neuen Zugangsvoraussetzungen zu erfüllen hätten eintreten würde. Aus einem Beruf, der bislang kaum Probleme am Arbeitsmarkt hat, würde ein Mangelberuf. Konsequenz: die Berufe in der Erziehung müssen attraktiver werden, um neue Bewerbergruppen anzusprechen.

Die heutige Fachschulausbildung ist darauf ausgelegt, mit bekannten und anerkannten Erkenntnissen der Pädagogik zu arbeiten. Sie fördert jedoch, bedingt durch den aktuellen Lehrplan und das beschriebene Eingangsniveau der Bewerber nicht ausreichend den Umgang mit dynamischen Prozessen. Es ist heute durch die Vorbildungsstufe der Schüler/innen nicht umfassend gewährleistet, dass diese auch in die Lage versetzt werden können, bei sich abzeichnenden Veränderungen analytisch zu reagieren und Weiterentwicklungen im Bereich der frühkindlichen Bildung praxisgerecht umzusetzen. Der Verfasser dieses Statements vertritt nicht die Auffassung, dass jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter in einer Kindertageseinrichtung künftig eine akademische Ausbildung benötigt. Es geht nicht darum, den Beruf der heutigen Erzieher/in zu ersetzen, sondern es geht darum, die Tätigkeit der Erziehungskräfte durch Kräfte mit einer ergänzenden Ausbildung im Bereich der Diagnostik und Frühförderung/Supervision zu ergänzen.

Wie soll künftig ausgebildet werden? Der Verfasser sieht nicht die Notwendigkeit einer Festlegung der Ausbildungsalternativen auf ein gemeinsames organisatorisches Modell. Vielmehr ist es gut vorstellbar, dass es neben einem „Autonomie“-Modell“, nach dem die Ausbildung zur frühpädagogischen Fachkraft in sechs- bis siebensemestrigen Bachelor-Studiengängen an PH/FHEn erfolgt auch ein „Aufstockungsmodell“ bestehen kann. Bei diesem Modell erfolgt die Ausbildung in zwei Stufen. Die erste Stufe bildet die fachschulische Ausbildung zur Staatlich anerkannten Erzieherin (oder vergleichbarer Berufsabschlüsse). Die zweite Stufe bildet ein Aufbaustudium im Bachelor-Format auf PH/FH-Ebene. Das Aufbaustudium hat einen geringeren Semesterumfang als grundständige Studiengänge, da die Fachschulausbildung z.T. auf die Semesterzeit angerechnet wird. Für die Zukunft der Fachschulen selbst kann das Transformationsmodell eine geeignete Form sein. Dieses Modell zielt auf eine schrittweise Überführung der Fachschulen für Sozialpädagogik in das Fachhochschulsystem. Die Fachschulen würden damit zu lokalen Abteilungen von PH/FHEn. Auch der eigenständige Ausbau zu Fachhochschulen, etwa über den Zwischenschritt der Umbenennung in Höhere Fachschulen, ist denkbar.

Eines der Hauptargumente gegen den Einsatz akademisch qualifizierte Kräfte ist bislang die Frage der Personalkosten. Viele Träger befürchten, dass die Beschäftigung von akademisch qualifizierten Fachkräften entsprechende Gehaltsforderungen nach sich ziehen könnte. Dieses Argument trifft durchaus zu – selbstverständlich sind Fachkräfte mit einer höheren Qualifikation auch grundsätzlich höher zu vergüten. Auch wenn die Qualität, die bei allen Diskussionen im Vordergrund zu stehen hat die Hauptrolle spielt, so gilt es doch, das Argument der Personalkostenausweitung zu beachten. Denn dieses Argument ist, auch wenn es nur versteckt erwähnt wird eine der Hauptbremsen bei einem adäquaten Einsatz von akademisch qualifiziertem Personal in den Kindertageseinrichtungen. Beim diesjährigen Bildungskongress „didacta“ haben die Kommunalen Landesverbände eigene Standpunkte zur Zukunft der Bildungspolitik bezogen. Es wurde von kommunaler Seite das Wort einer „kommunalen Bildungsverantwortungsgemeinschaft“ geprägt. Der Präsident des Landkreistags Dr. Jürgen Schütz fasste die Position der Kommunen zur Bildungspolitik zusammen: "Wir Kommunen meinen es ernst. Wir nehmen unsere Verantwortung im Bildungsbereich gewissenhaft wahr." So auch Ivo Gönner, Präsident des Städtetags beim Spitzentreffen der Kommunal- und Landespolitik auf der didacta. Er sieht eine neue kommunale Bildungsverantwortung. Wenn diese Absichtserklärungen ernst gemeint sind, wovon der Verfasser ausgeht, fängt die Bildungsverantwortung in den Kindertageseinrichtungen mit der tatsächlichen Einstellung und Beschäftigung von höher qualifizierterem und damit auch besser zu bezahlenden Personal an. Hier liegt der Schlüssel für einen Paradigmenwechsel – wenn die Nachfrage nach akademisch ausgebildetem Personal vorhanden ist, ist die Gewinnung und Ausbildung entsprechender Kräfte um ein Vielfaches leichter.